1935 Nr. 16. 15. September 1935. Als Manuskript gedruckt.

Ostland-Berichte

Reihe B: Wirtschafts-Nachrichten.

Herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig

Inhalt:

Der deutsche Grundbesitz in Pommerellen.

In Nr. 13/1935 der „Ostland-Berichte" vom 15. 7. 1935 behandelten wir mehrere Aufsätze von Wlodzimierz Dworzaczek über den deutschen Grundbesitz in der Wojewodschaft Posen. Den bisherigen Arbeiten des genannten Verfassers ist nunmehr eine weitere über den deutschen Grundbesitz in Pommerellen hinzugekommen. Auch diesmal bilden vier Karten das Wesentliche der Arbeit, denen nur kurze Erläuterungen hinzugefügt sind, welche wir im Anschluß im Wortlaut bringen.

In unseren „Berichten" Nr. 13/1935 wiesen wir bereits darauf hin, daß der Verfasser es unterließ, für seine Zahlenangaben die Quellen anzugeben, und daß der angebliche Übergang von über 15 000 ha aus polnischem in deutschen Besitz nicht der Wirklichkeit entsprechen könne. Wie es sich nunmehr zeigt, sind diese Angaben selbst von polnischer Seite in Bezug auf ihre Richtigkeit angezweifelt worden. In der Einleitung zum jetzigen Artikel versucht der Verfasser, sich nunmehr gegen die erhobenen Vorwürfe zu rechtfertigen.

Die offiziellen Stellen, an welche sich der Verfasser um genaue Angaben über den polnisch-deutschen landwirtschaftlichen Besitzstand gewandt habe, hätten ihm erklärt, daß sie ihm die entsprechenden Zahlen nicht geben könnten. Dazu meint der Verfasser, daß die polnische Verwaltung „in dieser für das Polentum außerordentlich wichtigen Sache eine durch nichts zu erklärende Gleichgültigkeit bewiesen" habe.

Bezüglich des in den früheren Zusammenstellungen errechneten Landwechsels aus polnischer in die deutsche Hand von über 15 000 ha stellt er fest, daß die von ihm gemachten Angaben für das Jahr 1926 den Nachweisen des — durch seine chauvinistische Einstellung den Deutschen gegenüber bekannten und berüchtigten — Verbandes zum Schutze der Westmarken entnommen seien. „Infolge des vollständigen Fehlens offizieller Angaben mußte ich mich auf die Statistik des Westmarkenvereins stützen."

Den erwähnten Unterschied von über 15 000 ha zu Ungunsten der Polen im Jahre 1934 erklärt der Verfasser damit, „daß es sehr leicht möglich ist, daß ein gewisser Prozentsatz von Deutschen in den ersten Jahren unserer Wiedergeburt aus Angst ihre Nationalität als polnisch angab, während er sich gegenwärtig offen zur deutschen Nationalität bekennt. In Pommerellen, wo die Deutschen frühzeitig ihre Sicherheit wiedergewannen, konnte dieser Umstand ohne Bedeutung sein."

Das ändert die Sachlage schon wesentlich. Also sind jene 15 000 ha *nicht* aus polnischem in deutschen Besitz *übergegangen*, sondern im deutschen Besitz verblieben. Jetzt wäre es nur noch wissenswert, inwieweit der Verfasser die seit 1926 zwangsparzellierten deutschen Gutsflächen mit in Betracht gezogen hat, denn diese Summe ist nicht gerade unbedeutend. Da Dworzaczek in seinem Artikel auch diesmal wieder nur die Schlußzahlen seiner Berechnungen angibt, ist natürlich eine Nachprüfung derselben unmöglich.

Die Ausführungen zu den dargestellten Grundbesitzkarten haben folgenden Wortlaut:

„Die Pommereller Wojewodschaft wies bei der letzten Zählung im Jahre 1931 eine Bevölkerungszahl von über 1 086 000 auf, wovon 90,9 % polnischer Nationalität waren und der Rest — rund 9 % — „anderer", überwiegend selbstverständlich deutscher Nationalität.

Diese bescheidene Minderheit zeigt sich jedoch keineswegs so unschuldig, wenn wir die unproportionell große Landfläche berücksichtigen, die bisher in den Händen der Deutschen geblieben ist. Wenn wir in Betracht ziehen, daß der Grundbesitz gerade in einem solchen Agrarlande wie Polen in jeder Hinsicht eine starke Stütze bedeutet, so werden wir verstehen, daß *22,3 % der Gesamtfläche Pommerellens im Besitz der Deutschen ein für unsere Zukunft wichtiges Problem darstellen.*

Die erste der Karten von Pommerellen stellt den traurigen Zustand dar, in dem es sich *im Jahre 1914* befand, als riesige Flächen, die sich in den Händen des Fiskus und der Selbstverwaltungsorganisationen befanden, eine ungeheure Grundlage deutscher Macht bildeten. Die erdrückende Mehrheit von 71,9 % der gesamten Wojewodschaftsfläche befand sich in deutschem Besitz, wobei lediglich im Löbauer Kreise der polnische Grundbesitz unbedeutend mit 55,2 % überwog. Dagegen verfügten fünf Kreise über 80 % in deutschen Händen, drei Kreise über 70 %, sechs Kreise über 60 % und zwei Kreise über 50 %.

Aber selbst der *deutsche Privatbesitz* war damals recht gefährlich. Er umfaßte nämlich im Verhältnis zur Gesamtfläche der Wojewodschaft 42,9 % und im Verhältnis zur Gesamtfläche des Privatbesitzes 52,3 %.

Am stärksten deutsch waren in dieser Hinsicht die Kreise Kulm, Graudenz, Dirschau, Zempelburg und Soldau, wo der deutsche Besitz mehr als die Hälfte der Kreisfläche ausmachte, — *am schwächsten* war der deutsche Besitz in den Kreisen Stargard, Konitz, Karthaus, Tuchel, Löbau und Strasburg vertreten, wo die Deutschen über 18,09—29,4 % der gesamten Kreisfläche verfügten.

Wir besitzen leider keine genauen Zusammenstellungen für das Jahr 1918, weshalb wir eventuelle Verschiebungen während des Krieges nicht berücksichtigen können. Wir müssen daher den Stand von 1914 als denjenigen annehmen, welchen wir von den Teilmächten übernommen haben.

Die Karte von 1926 stellt schon eine gewisse, recht beachtliche Entdeutschung Pommerellens hinsichtlich des Landbesitzes dar, denn der deutsche Grundbesitz bildete im Verhältnis zur gesamten Wojewodschaftsfläche 22,6 % und im Verhältnis zum Privatbesitz 30,2 %.

Dies war jedoch nicht das Ergebnis einer planmäßigen Agrarpolitik. Diese Verringerung verdanken wir vielmehr besonderen glücklichen Umständen: Die anfängliche nicht lange andauernde Panik, die die Deutschen infolge der Rückkehr Pommerellens zu Polen ergriff, war die Ursache. Wie im Posenschen so wurde auch in Pommerellen das Enteignungsrecht, wie es uns auf Grund der Verträge zustand, und das Vorkaufsrecht in Bezug auf die deutschen Ansiedler nicht ausgenutzt.

Nach dem Jahre 1926 stellten wir nur noch eine unbedeutende Verringerung des deutschen Grundbesitzes fest, und zwar betrug im Jahre 1933 der deutsche Besitz im Verhältnis zur gesamten Wojewodschaftsfläche 22,3 % gegenüber 22,6 % im Jahre 1926 und im Verhältnis zum gesamten Privatbesitz 29,9 % gegenüber 30,2 %.

Wenn wir die Karte von 1933 betrachten, können wir feststellen, daß heute noch — neben dem Kreis Dirschau mit 31,2 % — das südliche Gebiet Pommerellens einen sehr großen Prozentsatz deutschen Besitzes aufweist. Dieses Gebiet erstreckt sich von den Kreisen Graudenz (41,1 %) und Briesen (26,8 %) über Schwetz (29,7 %), Kulm (39,9 %) und Thorn (27,7 %) in der Richtung Zempelburg an der Grenze (53,20 %).

Und dieses Gebiet des südlichen Pommerellens schließt an die nördlichen Kreise des Posenschen an, wo das Bild nicht besser aussieht: Wirsitz (35,2 %), Kolmar (30,4 %), Bromberg (23,3 %), Schubin (36,8 %) und sogar Hohensalza (35,1 %).

Dieses Bild muß man sich gut vor Augen halten."

Der Inhalt der vom Verfasser dargestellten Karten kann auch diesmal wieder nur in Tabellenform wiedergegeben werden.

Der deutsche private, staatliche und kommunale Grundbesitz im Jahre 1914 im prozentualen Verhältnis zur jeweiligen Kreisfläche:

Kreis	%	Kreis	%
1. Seekreis	63,7 %	10. Schwetz	77,2 %
2. Karthaus	51,9 %	11. Graudenz	81,7 %
3. Berent	61,6 %	12. Kulm	80,9 %
4. Dirschau	88,0 %	13. Thorn	76,9 %
5. Mewe	71,6 %	14. Briesen	67,9 %
6. Stargard	60,7 %	15. Löbau	44,8 %
7. Konitz	60,7 %	16. Strasburg	57,5 %
8. Tuchel	63,3 %	17. Soldau	81,2 %
9. Zempelburg	85,7 %		

Die drei anderen Karten, welche den deutschen Privatbesitz allein in den Jahren 1914, 1926 und 1933 darstellen, fassen wir der besseren Vergleichsmöglichkeit wegen zusammen, wobei zu berücksichtigen ist, daß der Kreis Mewe aufgeteilt wurde unter die Kreise Dirschau (Hauptteil), Schwetz und Stargard.

Der private deutsche Grundbesitz im prozentualen Verhältnis zur jeweiligen Kreisfläche:

Kreis:	1914	1926	1933
1. Seekreis	35,3 %	17,4 %	20,4 %
2. Karthaus	26,4 %	13,7 %	13,8 %
3. Berent	34,6 %	22 %	29,6 %
4. Dirschau	57,6 %	39,9 %	31,2 %
5. Mewe	46 %	31,3 %	
6. Stargard	18,9 %	11,9 %	16,6 %
7. Konitz	20,6 %	15 %	11,3 %
8. Tuchel	22,5 %	11,7 %	10,3 %
9. Zempelburg	54,4 %	46,8 %	53,2 %
10. Schwetz	38,2 %	30,6 %	29,7 %
11. Graudenz	54,9 %	41,5 %	41,1 %
12. Kulm	61,8 %	34,7 %	39,9 %
13. Thorn	49,1 %	11,7 %	27,7 %
14. Briesen	46,5 %	24,8 %	26,8 %
15. Löbau	22,5 %	10,5 %	11,3 %
16. Strasburg	29,4 %	17,1 %	19 %
17. Soldau	54,2 %	49,8 %	17 %.

[„Kurjer Poznański" v. 8. 9. 1935]

Zur Frage der polnischen Holzausfuhr und des Waldbestandes.

In der vor einiger Zeit erschienenen Jubiläumsnummer der führenden polnischen Wirtschaftszeitung, der „Codzienna Gazeta Handlowa" wird u. a. auch ein Überblick über die Entwicklung der polnischen Holzerzeugung und der Holzausfuhr während der letzten 10 Jahre, über den gegenwärtigen Stand und die Aussichten für die nächste Zukunft gegeben. (Einen allgemeinen Überblick über den Inhalt dieser außerordentlich reichhaltigen Jubiläumsnummer werden wir bei einer anderen Gelegenheit geben.) Auch sonst werden die Holzfragen seit längerer Zeit fast in der gesamten polnischen Presse eingehend besprochen. Der Grund dafür ist wohl vor allem die zunehmende ausländische Konkurrenz auf den polnischen Absatzmärkten (vor allem England), welche in den ersten Monaten dieses Jahres einen starken Einnahmeausfall (rd. 8 Millionen Zł.) auf polnischer Seite zur Folge hatte. Holz ist aber neben Kohle und Getreide das Hauptausfuhrprodukt aus Polen, und die Einnahme aus seinem Auslandsverkauf brachte im Jahre 1934 die beachtliche Summe von 179,6 Millionen Złoty.

„Wenn wir die Bedeutung des Holzhandels im Verlauf des letzten Jahrzehntes analysieren" — führt der Vorsitzende des Verbandes der Holzindustriellen und -Kaufleute Polens, L. Milsztejn, in der Gazeta Handlowa aus — „so muß festgestellt werden, daß, obgleich der Holzhandel hinsichtlich Umfang und Bedeutung an dritter Stelle aller Wirtschaftszweige stehe, er bisher trotzdem noch nicht von allen Faktoren entsprechend eingeschätzt worden ist, welche auf der Wacht der Entwicklung und der Interessen des Holzhandels stehen müßten.

Im Jahre 1924, als die Stabilisierung der polnischen Währung erfolgte, unternahm der Holzhandel eine große Organisierungsaktion, welche die Zusammenfassung der Tätigkeit aller bestehenden Teilgebietsorganisationen zum Ziele hatte. Die Erkenntnis dieser Notwendigkeit . . . hatte die Bildung einer gemeinsamen Front des gesamten Holzhandels durch Gründung des Obersten Rates der Holzverbände in Polen zur Folge."

Nach 10jähriger Arbeit lasse sich nun ein Urteil abgeben über die Rolle und Bedeutung des Holzhandels in der gesamtstaatlichen Wirtschaft.

Erwähnt zu werden verdiene, daß seit dem Jahre 1924 eine mit jedem Jahre zunehmende Exporttätigkeit begann. Das diesbezügliche vom Verfasser gebrachte Zahlenmaterial läßt sich kurz in folgender Zusammenstellung bringen. Der Wert der in den einzelnen Jahren ausgeführten Holzmenge betrug:

1924 — 135,8 Millionen Zł.,
1925 — 240,6 Millionen Zł.,
1926 und 1927 je rd. 300 Millionen Zł.

Das Jahr 1928 bringt den Höhepunkt mit einer Ausfuhr im Werte von 590 Mill. Zł.

Mit dem Jahre 1929 beginnt eine Schrumpfung des Holzexportes infolge der Wirtschaftskrise auf den internationalen Märkten. Trotzdem führte Polen jedoch noch für 481,9 Mill. Zł. Holz aus.

Im Jahre 1930 — Rückgang auf 348,1 Mill. Zł.; 1931 — 224,8 Mill. Zł. Das Jahr 1932 bringt den Tiefstand mit 119,8 Mill. Zł. Seit 1933 ist wieder eine kleine Zunahme zu verzeichnen, die Ausfuhr steigt auf 154,5 Mill. Zł. Im Jahre 1934 erfolgt ein weiterer Anstieg auf 179,6 Mill. Zł. Insgesamt sei also im Verlauf der letzten 10 Jahre Holz im Werte von über 3 Milliarden Złoty ausgeführt worden.

Dabei sei zu bemerken, daß während im Jahre 1928 in der Zeit der Hochkonjunktur die Ausfuhr an unbearbeitetem Holz 63,29 %, an Halbfabrikaten 35,26 % und an Fertigwaren nur 1,45 % betragen habe, sich dieses Verhältnis bis zum Jahre 1931 sehr stark verändert habe, so daß nunmehr die Ausfuhr an unbearbeitetem Holz nur 36,03 %, an halbbearbeitetem Holz 61,20 % und an Fertigwaren — 2,77 % betragen habe. Bis 1934 erfolgt eine gewisse Rückentwicklung, so daß die Zahlen lauten: unbe-

arbeitetes Holz — 41,93 %, Halbfabrikate — 55,32 %, Fertigwaren — 2,75 %.

Die Anzahl der beschäftigten Arbeiter habe in den Jahren nach 1928 im Durchschnitt 50—60 000 Arbeiter betragen, sei jedoch im Jahre 1934 auf 30—40 000 zurückgegangen.

Im Verlauf des letzten Jahrzehntes hätten die Holzorganisationen durch die Schaffung von Exportkommitees und »Sektionen, welche alle sich mit dem Holzhandel irgendwie beschäftigenden Faktoren umfassen, eine beachtliche Festigung erfahren.

„Auf dem inländischen Markte lassen die Verhältnisse noch sehr viel zu wünschen übrig. Sowohl das Sägewerkwesen wie der Handel waren nicht entsprechend organisiert. Während in der Zeit guter Konjunktur, als die ausländischen Märkte bedeutende Mengen polnischen Holzes aufnahmen, der Holzhandel den Mangel an Organisation auf dem Inlandsmarkte nicht übermäßig empfand, zeigte sich im Augenblick des Konjunkturzusammenbruchs auf den internationalen Märkten in voller Kraßheit die Notwendigkeit einer Ordnung auch des Inlandmarktes. Nicht nur die Verschiedenheit der Interessen, sondern in erster Linie das vollständige Fehlen eines Organisationsgefühls und die Abneigung, sich in irgendeiner Richtung einer Gesamtkontrolle zu unterwerfen, erschwerten viele Jahre hindurch jegliche Organisationsversuche."

Dies habe sich jedoch, wenn auch langsam, geändert, und die Versuche einer Ordnung des Binnenmarktes zeitigten schließlich recht gute Ergebnisse.

Das einzige Gebiet, auf welchem bedauerlicherweise im letzten Jahrzehnt noch keine Änderung eingetreten sei, sei die Frage der Zusammenarbeit des privaten Holzhandels mit der Verwaltung der Staatsforsten. Verschiedene bereits im Jahre 1927 von der privaten Holzindustrie gestellten Forderungen hätten noch immer keine Erledigung gefunden. Dieser Mangel einer Verständigung habe aber für beide Teile schon mannigfache ungünstige Wirkungen zur Folge gehabt. In der Zwischenzeit hätten außerdem noch die Staatsforsten ihre Industrie- und Handelswirtschaft weiter ausgebaut, trotz der Einwendungen der privaten Holzwirtschaft, die sehr schwer um ihre Existenz und die Aufrechterhaltung ihrer Betriebe zu kämpfen habe. Dabei nimmt, wie aus einem Bericht über die Holzindustrie im Jahre 1934 im „Czas" hervorgeht, die private Holzindustrie in der Holzausfuhr eine dominierende Stellung ein. So habe beispielsweise im Jahre 1934 der Anteil der Privatindustrie an der Ausfuhr von Papierholz 89 % und von Nadelholzbrettern 73 % betragen.

Im allgemeinen lautet dieser Bericht für das Jahr 1934 noch recht günstig. Sowohl die Nachfrage auf dem Inlandsmarkte, wie auch die Ausfuhr hätten zugenommen. Im Inlande wäre dafür die durch Kredite des Arbeitsfonds geförderte Bautätigkeit zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung entscheidend gewesen.

Ähnlich sei es auch in England, dem Hauptabnehmer polnischen Holzes, und im Deutschen Reiche als Folge des Arbeitsbeschaffungsprogramms gewesen. Die anfängliche Preissteigerung infolge der vermehrten Bautätigkeit hätte in England jedoch bald zu einem so starken ausländischen Holzangebot, besonders von seiten Kanadas und Skandinaviens geführt, daß gegen Ende des Jahres die Preise wieder um 10—15 % gesunken seien.

Der Ausnutzung der bedeutenden Absatzmöglichkeiten auf dem deutschen Markte stände nur ein, dafür aber um so wichtigerer Punkt entgegen: die Unmöglichkeit, für das verkaufte Holz Bezahlung zu erhalten. Solange hier keine grundsätzliche Regelung durch Kompensation oder auf sonst irgendeine Art getroffen werde, sei an eine Belieferung dieses Marktes in Zukunft kaum zu denken.

Ungünstig habe sich die Holzausfuhr nach Belgien entwickelt, was in dem Exportrückgang von Schnittholz von 116 000 m³ im Jahre 1933 auf 41 000 m³ im Jahre 1934 zum Ausdruck komme. Der Grund dafür liege in der billigeren Konkurrenz der anderen Länder.

Auch auf dem holländischen Markte sei ein, allerdings recht geringer, Rückgang polnischer Holzausfuhr zu verzeichnen.

Auf besonders große Schwierigkeiten sei der polnische Holzexport nach Frankreich gestoßen. Die dort rigoros durchgeführte protektionistische Politik habe die Holzpreise sehr bedeutend ansteigen lassen, was einen Übergang zu anderen Baustoffen und damit eine verringerte Nachfrage nach Holz nach sich gezogen hätte. Dies habe sich empfindlich ausgewirkt und zu einer Abnahme der Holzausfuhr nach Frankreich um rund 20 %, und zwar von 179 000 m³ auf 141 000 m³, geführt.

Eine recht bedeutende Verschiebung zu Ungunsten Polens sei auch auf den den überseeischen Märkten, wie Algier, Marokko und Tunis erfolgt. Angestiegen sei dagegen die Ausfuhr nach Paläftina, das besonders Kisten in großer Anzahl bezogen habe.

Das zahlenmäßige Ergebnis für 1934 weise eine wertmäßige Ausfuhrzunahme von 154 624 tausend Zl. im Jahre 1933 auf 179 628 tausend Zl. im Jahre 1934 auf. Mengenmäßig stieg die Ausfuhr von 1 716 720 to im Jahre 1933 auf 1 985 261 to im Jahre 1934. Der Bericht des Obersten Rates der Holzverbände weist jedoch auf eine unerfreuliche Strukturwandlung im Holzexport hin. Es sei nämlich eine starke, u. zw. 60-prozentige Zunahme der Rohholzausfuhr erfolgt, während überhaupt keine Zunahme in der Ausfuhr von Schnittholz stattgefunden habe. Zum Schluß des Berichtes für 1934 mußte der Oberste Rat bereits darauf hinweisen, daß die Belebung während des Jahres leider nur vorübergehender Natur war, und daß das Jahr 1935 voraussichtlich weitere Beschränkungen der Absatzmöglichkeiten und eine weitere Verschärfung des für Polen sehr schwer zu führenden Konkurrenzkampfes bringen werde.

Lediglich die Lage auf dem Inlandsmarkte dürfte sich etwas günstiger entwickeln. Der Bau von kleinen Häusern sei in steter Zunahme begriffen und erhalte durch die Investitionsanleihe eine weitere sehr bedeutende Förderung. Hier also beständen für die Holzindustrie recht günstige Aussichten.

Die ersten 8 Monate des Jahres 1935 haben nun in der Tat eine bedeutende Verschlechterung der Lage für die Holzindustrie gebracht. „Im letzten Vierteljahr des Jahres 1934 beobachteten wir die ersten Anzeichen des Zusammenbruches einer verhältnismäßig günstigen Marktkonjunktur. Heute stehen wir auf dem tiefsten Punkte der Depression. Die Preise fielen im Vergleich zum Herbst 1934 um 10—20 %. Die Umsätze gehen zurück. Unser Holzexport, welcher in den Jahren der schärfsten Krise den Nachweis einer Widerstandsfähigkeit und Ausdauer lieferte, muß vor dem siegreichen Vordringen der konkurrierenden skandinavischen Länder zurückweichen. In der Zeit vom Januar bis April 1935 erreicht der mengenmäßige Rückgang des aus Polen ausgeführten Holzmaterials 19 % im Vergleich zur entsprechenden Zeit des Vorjahres. Der Wert dieser Ausfuhr verringerte sich in der besprochenen Zeit um rund 8 Millionen Zloty (49,6 Mill. Zł. gegenüber 57,4 Mill. Zł.) . . .

Die allgemeinen Bedingungen für die fernere Teilnahme am Holzabsatz liegen für Polen außerordentlich ungünstig. Die polnische Ausfuhr, die auf Grund der Goldwährung kalkuliert wird, weicht zurück unter dem Druck der skandinavischen Offensive, die mit der Waffe des Valutadumpings kämpft."

Es sei bezeichnend, daß während in der Zeit von Januar bis April dieses Jahres der gesamte Holzabsatz auf den europäischen Märkten um rund 7 % gegenüber der abgesetzten Menge in der gleichen Zeit des Vorjahres abgenommen habe, gleichzeitig die Holzausfuhr aus Finnland um 100 000 m³ und die Ausfuhr aus Schweden um 30 000 m³ zugenommen habe. Lediglich die Ausfuhr aus Polen sei in dieser Zeit um 112 000 m³, d. i. um ein Viertel (347 000 m³ gegenüber 459 000 m³) zurückgegangen.

„Angesichts dieser Zahlen ist es klar, daß, wenn Polen exportfähig bleiben will, es mit einem verschärften Konkurrenzkampf beginnen muß. Dieser ist jedoch bedingt durch die Notwendigkeit, die inneren Belastungen in Gestalt der Eisenbahn-

frachten und des teuren Kredits zu verringern (der durchschnittliche Eisenbahnsatz für 1 to sowohl Kohle wie Holz betrug im Jahre 1925 — 14 Zł., während er im Jahre 1935 für Kohle — 4 Zł. und für Holz 13 Zł. beträgt).

Kein geringeres Interesse als für die oben besprochenen Fragen wird gegenwärtig in der polnischen Presse auch den Fragen der Waldwirtschaft überhaupt entgegengebracht. Hier ist es vor allem die in den letzten Jahren festgestellte bedeutende Abnahme des Waldbestandes. Der Anlaß für das Aufrollen dieses Problems war die vorjährige Hochwasserkatastrophe, die von verschiedenen, z. T. auch Fachkreisen dem mangelnden Waldbestand in den Fluß- und Quellgebieten zugeschrieben wird.

„In Kürze werden wir ein Staat ohne Wälder sein und werden . . . Holz einführen müssen!" — betitelt der „Illustr. Kuryer Codz." seine diesbezüglichen pessimistischen Ausführungen. Der Verfasser dieses Artikels behauptet, daß sich kaum jemand in Polen über den wirklichen — katastrophalen — Stand der Dinge im klaren sei. Daher „muß die kardinale Forderung die Einleitung einer Aktion sein, welche umgehend der weiteren wilden und raubbauartigen Waldwirtschaft einen Riegel vorschiebt."

Der Verfasser nimmt dann Bezug auf einen in der Vierteljahresschrift „Die Wasserwirtschaft" abgedruckten Artikel von Ing. St. Kruk über „Bewaldung und Bebauung der Gebirgsbäche", aus welchem er auch die folgenden Angaben entnimmt.

„In der Zeit nach den Teilungen betrug der Anteil der mit Wald bedeckten Fläche von Polen 31 %. Im Laufe des 19. Jahrhunderts verschlechterte sich dieser Stand in allen Teilgebieten sehr bedeutend. Am bedeutendsten war diese Abnahme der Waldfläche in Kongreßpolen. Dort betrug der Waldbestand im Jahre 1925 — 29 % und im Jahre 1910 nur noch 19 %.

Die Schwankungen der Waldfläche waren in Kleinpolen nicht so bedeutend. Im Jahre 1842 betrug dort der Waldbestand 31,5 % und im Jahre 1910 — 25,8 %.

Auch im früheren preußischen Teilgebiet verringerte sich die Waldfläche, wenngleich nicht in solchem Umfange. Der Waldanteil betrug dort im Jahre 1829 — 21,5 % und fiel bis zum Jahre 1900 auf 20,7 %."

In Wirklichkeit solle jedoch, wie Kruk behauptet, der tatsächliche Waldanteil bedeutend geringer sein, als hier angegeben. Denn nach Berechnungen des Direktors des Forstdepartements soll die tatsächlich forstwirtschaftlich genutzte Fläche nicht mehr als 20 % der Gesamtfläche von Polen betragen.

„Wenn wir den Stand aus dem Jahre 1920 mit dem Stande von 1935 vergleichen, so sehen wir, daß wir im Verlauf von 15 Jahren rund 3 Millionen ha Wald verloren haben, was 30% der Gesamtfläche ausmacht."

Diese bedeutende Waldverminderung wird in einem Diskussionsartikel von Ing. B. Nowacki im „Czas" der ungenügenden Anwendung und der Mangelhaftigkeit der gegenwärtig geltenden Waldschutzgesetzgebung zugeschrieben, weshalb er für eine weitgehende Novellisierung derselben eintritt.

In einer Antwort auf diesen Artikel anerkennt Dr. W. Babiński „das schnelle Tempo der Entwaldung Polens in den letzten Jahren."

Die Gründe, die er jedoch dafür angibt, seien, da sie das Bild von einer sehr interessanten Seite beleuchten, nachstehend wiedergegeben.

„Wenn die Verringerung der Waldfläche in Polen in den Jahren 1919—1933 über 700 000 ha betrug, so verdient bemerkt zu werden, daß von dieser Summe über 300 000 ha die Liquidation an der Servitute verschlungen hat, die praktisch bereits dem Ende entgegengeht (im Jahre 1928 betrug der Verlust an Servitutswäldern 50 000 ha, im Jahre 1932 — 10 200 ha und im Jahre 1933 — 7 250 ha). Der sog. Verbesserung der Agrarstruktur, also Kommassation und Parzellierung fielen ebenfalls rund 300 000 ha zum Opfer. Außerdem verschlangen etwas über 100 000 ha rein individuelle Ziele . . . .

Das Tempo der Entwaldung verringert sich in Polen trotz Wirtschaftskrise und der großen Not auf dem Lande: im Jahre 1927 wurden 115 000 ha Wald und im Jahre 1933 — 24 400 ha gerodet. Dies ist ein erfreuliches Zeichen . . .

Außerdem läßt der Verfasser des (Diskussions)Artikels folgendes außeracht: die Privatwälder in Polen kämpfen seit Jahren um ihr Lebensrecht unter außerordentlich schwierigen Verhältnissen, in einer Atmosphäre dauernder Drohungen mit entschädigungsloser Enteignung; auf die Wälder fiel in den ersten Nachkriegsjahren die ungeheure Last des Wiederaufbaues und der „Waldabgabe". Auf die Wälder wurde eine progressive Grundsteuer ohne jede wirtschaftliche oder soziale Begründung in Anwendung gebracht . . .; in der fiskalischen Gesetzgebung betrachtete man eine Reihe von Jahren hindurch die Liquidation der Waldsubstanz als Einnahme. Bei dem katastrophalen Preissturz für Holz in den letzten Jahren (Vergleichszahl unter 40 zu 100 im Jahre 1928) blieben die starren Lasten nahezu unverändert — die Steuern und Abgaben betrugen noch im vergangenen Jahre in den Zentralwojewodschaften von 4,41 bis 18,72 Zl je 1 ha Waldfläche, durchschnittlich rund 10 Zł. Die Belastung durch die Eisenbahntarife ging so weit, daß in den Ostgebieten und in Kleinpolen es sich mehr lohnte, Brennholz herzuschleifen, als das Holz ins Ausland auszuführen . . . Es ist allgemein bekannt, daß die Entschuldungsgesetze vom Oktober v. J. die Mehrzahl der Waldwirtschaften zur Kategorie C zählt, also ihnen praktisch jede Hilfe entzog, weil man in gleicher Weise 1 ha Wald und 1 ha Acker bei der Einteilung in Kategorien behandelt."

Der Verfasser schließt dann seine Ausführungen: „Nicht hier führt der Weg: nicht durch Erhaltung des Geistes Josephs II., durch Polizeibefehle, sondern durch die Wiederherstellung der Rentabilität der Forstwirtschaft und die Schaffung einer Atmosphäre der Besitzsicherheit soll man gegen die Tendenz der „Entwaldung Polens" kämpfen."

[Jubiläumsnummer der „Codz. Gazeta Handlowa", Juli 1935. — „Codz. Gaz. Handl." v. 28./29. 7.; 16. u. 24. 8. 35. — „Czas" v. 20. 5.; 1. 7., 2. u. 11. 8. 35. — „Il. Kuryer Codz." v. 23. 3. u. 24. 7. 1935. — „Kurjer Warszawski" v. 31. 5. u. 25. 7. 35. „Polonia" v. 12. 6. u. 7. 8. 1935. — „Kurjer Poznański" v. 7. 9. 1935].

Landwirtschaftliche Angleichung der Westgebiete an die Ostgebiete Polens.

Die außerordentlich starke Unterschiedlichkeit der verschiedenen polnischen Teilgebiete in agrar-produktionstechnischer Hinsicht, habe die Parole der „Angleichung nach oben" bedingt. Ohne den Stand der Landwirtschaft in den Westgebieten zu erniedrigen, sollte vor allem danach getrachtet werden, die Landwirtschaft der übrigen Gebiete der des Westens anzugleichen. Dieses lobenswerte Bestreben sei durch die Krise jäh unterbrochen worden. An Stelle eines Aufbaues sah man sich zur starken Extensivierung der Wirtschaftsweise gezwungen, wobei an eine notwendige Erneuerung des Inventars nicht gedacht werden konnte und man selbst auf die allernotwendigsten Investitionen habe verzichten müssen.

Es begann ein der ursprünglichen Absicht entgegengesetzter Prozeß: die „Angleichung nach unten". „Das war die zweite Tragödie der polnischen Landwirtschaft. In dem edelsten Wettbewerb um die Steigerung der Wirtschaftskultur und im Zusammenhang damit der gesamten ländlichen Kultur überhaupt, hat sie eine Niederlage erlitten. Wir sind auf die schiefe Ebene gekommen, auf welcher sich unsere Landwirtschaft abwärts bewegt. Der Westen gleicht sich eher dem Osten an, als umgekehrt."

Die Bedeutung dieser Tatsache werde durch die Ziffern erhellt, welche den Maßstab für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der einzelnen Wojewodschaften abgeben. Je größer die Spanne

zwischen diesen Maßzahlen sei, um so größer sei die Gefahr eines Wirtschaftsrückganges, denn wenngleich diese Ziffern auch nicht die Landwirtschaft direkt betreffen, so seien sie doch für die Verhältnisse einer möglichen wirtschaftlichen Entwicklung entscheidend.

Die nachfolgenden Angaben hat der Verfasser dieses Artikels der Arbeit von Jng. Mieczysław Sowiński über die bäuerliche Landwirtschaft in statistisch-territorialer Hinsicht entnommen:

„Es werden folgende Maßzahlen in Betracht gezogen: der Prozentsatz städtischer Bevölkerung, die Kilometeranzahl fester Straßen auf 100 km² und die Anzahl der Stationen der normalspurigen Eisenbahn auf 1000 km². Die Reihenfolge der nach dem ersten Gesichtspunkt gruppierten Wojewodschaften (d. i. der Anteil der städtischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung) ist folgende:

Warschau	47,6 %	Wilna	20,7 %
Lodz	42,0 %	Stanisławów	19,7 %
Posen	40,1 %	Lublin	17,6 %
Pommerellen	31,2 %	Tarnopol	15,8 %
Schlesien	27,7 %	Polesien	13,2 %
Krakau	26,0 %	Wolhynien	12,1 %
Kielce	25,6 %	Białystok	12,0 %
Lemberg	25,0 %	Nowogródek	9,7 %

Die zweite Maßzahl (Kilometeranzahl fester Straßen auf 100 km²) reiht die Wojewodschaften wie folgt auf:

Schlesien	49,1	Warschau	13,8
Krakau	33,7	Kielce	11,0
Pommerellen	26,2	Białystok	7,9
Posen	22,9	Lublin	6,7
Stanisławów	19,0	Nowogródek	3,1
Lemberg	18,5	Wolhynien	3,0
Tarnopol	17,0	Polesien	1,9
Lodz	14,3	Wilno	1,8

Schließlich noch die letzte Maßzahl (Anzahl der Eisenbahnhaltestellen auf 1000 km²):

Schlesien	25	Lublin	2,8
Pommerellen	16,1	Kielce	2,7
Posen	13,7	Lodz	2,5
Krakau	7,7	Białystok und	
Lemberg	5,3	Wolhynien je	2,0
Tarnopol	5,1	Wilna	1,5
Stanisławów	5,0	Polesien	1,3
Warschau	3,1	Nowogródek	1,2

Die Zusammenstellung obiger Zahlen ist außerordentlich vielsagend und stellt eindeutig an die erste Stelle die westlichen Wojewodschaften, an die zweite — die südlichen, an die dritte — die zentralen und an die letzte Stelle die östlichen Wojewodschaften".

Der Verfasser sieht von einer Berücksichtigung der klimatischen und Bodenverhältnisse ab und beschränkt sich darauf festzustellen, ob in der Tat eine Angleichung in negativer Hinsicht erfolge.

Zu diesem Zweck vergleicht er die Ernteerträge der sechs wichtigsten Erdfrüchte von 1 ha in den westlichen und östlichen Wojewodschaften in den Jahren 1909 bis 1913 und 1930 bis 1934. Danach seien die Weizenerträge im Vergleich der beiden Zeitabschnitte in den westlichen Wojewodschaften um 2,1 dz zurückgegangen, dagegen in den östlichen Wojewodschaften um 0,7 dz angestiegen; die Roggenerträge gingen im Westen um 3 dz zurück, stiegen dagegen im Osten um 0,7 dz an. Der Gersteertrag fällt hier um 2,1 dz und steigt dort um 2,0 dz. Beim Hafer beträgt der Rückgang 2,6 dz, die Zunahme 1,2 dz. Der Zuckerrübenertrag verringert sich im Westen um 67 dz und steigt im Osten um 5 dz, während die Zahlen für Kartoffeln beim Rückgang 7 dz und bei der Zunahme 23 dz betragen.

„Es zeigt sich also, daß mit Ausnahme der Kartoffeln, deren Zunahme in den östlichen Wojewodschaften die Ertragsabnahme in den westlichen Wojewodschaften übersteigt, bei den übrigen Ackerfrüchten die Abnahme bedeutend überwiegt!

Trotz alledem ernten auch heute noch die westlichen Wojewodschaften vom ha mehr als die östlichen und zwar: an Weizen — 7,6 dz, Roggen — 5,1 dz, Gerste — 6,9 dz, Hafer — 6,2 dz, Kartoffeln — 44 dz und Zuckerrüben um 63 dz."

Die Frage sei daher, wie lange noch der Westen diese Mehrerträge aufzuweisen haben werde, bzw. ob nicht in den östlichen Wojewodschaften ebenfalls ein Rückgang eintreten werde. Da gegenwärtig in Polen mehr eine Verbrauchskrise als eine Übererzeugungskrise herrsche, sei das weniger ein Problem der augenblicklichen Wirtschaftspolitik, als das der nächsten Zeit. Dadurch verringere sich jedoch nicht seine außerordentliche Bedeutung, die noch durch die Feststellung zunehme, daß auch die Erträge je ha in den südlichen Wojewodschaften im Vergleich der beiden Jahrfünfte zurückgegangen seien. Diese Abnahme betrage: beim Weizen — 2,4 dz, Roggen — 1,7 dz, Gerste — 1,4 dz, Hafer — 1,1 dz, Kartoffeln — 15 dz, Zuckerrüben — 20 dz. Diese Tatsache sei um so bedenklicher infolge der großen Bevölkerungsanzahl, welche in diesen Wojewodschaften in der Landwirtschaft beschäftigt sei.

„Leider ist die Angleichung nach unten Tatsache geworden."

Die oben gemachten Angaben seien noch durch einige Zahlen aus dem Kleinen Statistischen Jahrbuch für Polen für das Jahr 1934 ergänzt. Danach betrugen die Gesamterträge in Millionen dz in Polen im Durchschnitt der Jahre:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Kartoffeln	Zuckerrüben
1909—1913	16,8	57,1	14,9	28,1	247,9	41,1
1924—1928	14,9	55,4	12,5	20,4	246,3	39,0
1929—1933	19,6	65,7	14,9	25,4	303,9	33,4
1933	21,7	70,7	14,4	26,8	283,3	18,5

II. Erträge vom ha in dz im Durchschnitt der Jahre:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Kartoffeln	Zuckerrüben
1909—1913	12,4	11,2	11,8	10,2	103	245
1924—1928	11,4	10,0	11,2	10,3	102	200
1929—1933	11,8	11,4	12,1	11,6	113	212
1933	12,8	12,2	12,3	12,2	103	187

III. Erträge vom ha in dz im Durchschnitt der Jahre in den verschiedenen Landesteilen:

		Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Kartoffeln	Zuckerrüben
Zentral-Wojewodschaften	1909—1913	12,3	10,5	11,6	9,5	95	196
	1929—1933	12,7	12,0	13,0	13,2	123	201
	1933	13,9	13,1	13,5	14,2	119	175
Östliche Wojewodschaften	1909—1913	9,5	8,1	8,2	7,8	68	155
	1929—1933	10,1	8,7	10,0	9,0	90	149
	1933	11,0	9,2	9,7	9,0	78	116
Westliche Wojewodschaften	1909—1913	19,9	16,9	19,2	17,8	142	300
	1929—1933	18,3	14,3	17,8	16,2	133	230
	1933	19,8	15,1	18,2	16,9	122	202
Südliche Wojewodschaften	1909—1913	11,7	11,3	11,2	10,6	110	200
	1929—1933	9,5	9,9	9,9	9,8	98	184
	1933	10,4	10,8	9,8	10,5	81	168

[„Słowo Pomorskie" v. 18. 8. 1935.
„Mały Rocznik Statystyczny" f. d. Jahr 1934.]

Die Lage der Konfektionsausfuhr.

Nach Berichten aus den Kreisen der Konfektionsindustrie solle gegenwärtig die Ausfuhr sich in einer geradezu katastrophalen Lage befinden. Nicht nur, daß die Anzahl der Absatzmärkte bedeutend geringer geworden sei, habe vor allem auch der Absatz auf denjenigen Märkten, die Polen noch zu erhalten vermocht habe, ganz bedeutend abgenommen. Vor allem sei dabei der Verlust Frankreichs zu nennen, das früher zu den bedeutendsten Abnehmern polnischer Konfektion gehörte und das heute kaum noch etwas einführe. Ebenso habe sich die Ausfuhr nach den Niederlanden verringert. Somit sei von den größeren Abnehmern lediglich England verblieben, in dem die polnische Ausfuhr auch auf immer größere Schwierigkeiten stoße. Die so entstandenen Ausfälle habe man durch die Erschließung neuer Märkte wettzumachen versucht. Zu diesen gehörten vor allem die Vereinigten Staaten, in welchen noch bedeutende Ausbaumöglichkeiten beständen.

„Angesichts der bisherigen Erfahrungen beurteilen die Konfektionsexporteure die Lage als höchst ungünstig und, was noch schlimmer ist, sie sehen unter den gegenwärtigen Verhältnissen keine Möglichkeit einer Besserung. Die Ausfuhrzahlen stellen sich zwar noch recht günstig dar und zeigen zeitweilig besonders in der Ausfuhr nach England, sogar eine gewisse Zunahme. Wie jedoch die Exporteure behaupten, gibt dieses Bild nicht den wirklichen Stand der Dinge wieder, da ein sehr großer Teil der Konfektionswaren nicht auf Bestellung ausgeführt wird, sondern auf Lager — hauptsächlich nach den Konsignationslagern des Exportsyndikats für Bekleidungsstücke in London. Es ist dies also ein typischer Export für die Statistik."

Vor einiger Zeit seien mehrere Vertreter Lodzer Industriefirmen aus London zurückgekehrt, die diese Tatsache bestätigt hätten. Infolge der gefüllten Konsignationslager sei das Angebot an polnischen Konfektionswaren außerordentlich groß, die Nachfrage jedoch minimal. Dadurch werde die Lage der Ausfuhrfirmen noch weiterhin verschlechtert. Denn das übermäßige Angebot und die großen Vorräte zwängen die Verkäufer, stille Rabatte zu gewähren, nur um die Waren loszuwerden und das Kapital frei zu bekommen. Derartige Abschlüsse mit zum Teil sehr beachtlichen Ermäßigungen seien auf dem Londoner Markte an der Tagesordnung. Verständlicherweise müsse es auf die Dauer erfolglos sein, mit solchen Mitteln die Rentabilität der Konfektionsausfuhr zu retten, wenn schon allein aus dem Grunde, daß der Verlust an einem Stück bedeutend mehr betrage, als die Gewinnzunahme infolge der gesteigerten Umsätze. Dies beziehe sich vor allem auf den englischen Markt, wo die Umsätze nicht so vermehrt werden könnten, damit sie die Verluste deckten.

Nach Ansicht der Konfektionsindustrie sei kaum eine Aussicht vorhanden, daß dieser Schrumpfung irgendwie Einhalt geboten werden könnte, weshalb man bemüht sein müsse, neue Absatzmärkte zu erschließen, ohne jedoch die bisherigen aufzugeben.

[„Codz. Gazeta Handlowa" v. 9. 8. 1935.]

Parzellierungsfragen.

Aus Anlaß der soeben durchgeführten Sejm- und Senatswahlen in Polen, in deren Folge mit einer Umbesetzung des Kabinetts und weiterhin dann der Aufstellung von neuen Wirtschaftsplänen zu rechnen ist, erhebt der der Regierung nahestehende „Kurjer Poranny" die Forderung nach einer größeren Beachtung der Agrarreformfrage und damit verstärkten Förderung der Parzellierung.

Nach dem Vorbilde anderer Demokratien des europäischen Westens sei auch für die Schöpfer der Agrarreform in Polen das Hauptziel das Streben nach Schaffung einer starken, wirtschaftlich unabhängigen Schicht bäuerlicher Betriebe gewesen, welche bisher hinsichtlich der Größe und Güte des besessenen Bodens benachteiligt gewesen seien.

Die Erfüllung dieser Forderung in der Form einer planvollen, elastischen aber trotzdem konsequent und entschieden durchgeführten Aufteilung der staatlichen und privaten Güter sei fast von Anfang an auf Schwierigkeiten weniger finanzieller als vielmehr parteipolitischer Art gestoßen. Das habe zur Folge gehabt, daß das Parzellierungsbestreben in Polen niemals übermäßig stark gewesen sei, „und während der Regierungsführung der Herren Niewabytowski und Janta-Połczyński vollkommen bedeutungslos wurde."

Daher sei es allerhöchste Zeit, daß das vernachlässigte aber so außerordentlich wichtige Problem der Parzellierungspolitik — die gegenwärtig nur auf dem Papier stehe — einer Lösung entgegengeführt werde. Die Erfahrungen der letzten Jahre hätten nämlich gezeigt, daß die Staaten mit einer überwiegenden, gewissermaßen standardisierten Anzahl mittelgroßer sogen. großbäuerlicher Betriebe (30—40 ha) sich viel leichter den konjunkturellen und Markterfordernissen anpassen könnten, ohne dabei an der Erzeugungsfähigkeit einzubüßen, als diejenigen Länder, die mit einem „Mosaik der verschiedensten Wirtschaftstypen belastet" seien.

Als Beweis für diese Ansicht führt der Verfasser des Artikels die Umwandlungen der Agrarstruktur in Dänemark, Japan und der Tschechoslowakei an.

„Das gegenwärtige Entwicklungstempo fordert in Bezug auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft eine Beschleunigung des Umbaues der Agrarstruktur in Polen und vor allem eine Beseitigung der in ihr bestehenden Besitzunterschiede.

Eine rationelle Parzellierung der großen Grundstücke zum Zwecke der Schaffung von Vollbauernstellen für die bisherigen kleinbäuerlichen und Zwergbetriebe, wäre imstande, die empfindlichste Ursache der Krise in der polnischen Landwirtschaft: den Landhunger und die ungleichmäßige Bodenverteilung erfolgreich zu beseitigen . . . .

Die Aufteilung der Latifundien und Land-Ordinationen, jener archaischen Reststücke einer vergangenen Feudalepoche, ist heute mehr denn je dringendes Erfordernis rationell betriebener Agrarreform, deren volle Durchführung nicht nur die Gesamtheit der heute beklagenswerten Verhältnisse in der Landwirtschaft zum Guten wandeln würde, sondern sich auch günstig auf die Psyche und Geistesverfassung der bäuerlichen Bevölkerungsschicht auswirken würde."

(Die in diesen Sätzen zum Ausdruck gebrachte Einstellung dürfte weitgehend der vom gegenwärtigen Landwirtschaftsminister Poniatowski eingehaltenen Richtung entsprechen, der besonders in Kreisen des polnischen Großgrundbesitzes als „Agrarbolschewist" bezeichnet wird.)

Das zahlenmäßige Ergebnis der Agrarreform in Polen in den Jahren 1919—1923 stellt sich nach den Angaben des Hauptstatistischen Amtes wie folgt dar:

	1919—1933	1931	1932	1933
	in Tausenden			
Anzahl der neugeschaffenen Kolonien u. Parzellen insges.	**584,7**	**36,5**	**28,3**	**27,1**
Selbständige Kolonien. . . .	123,9	4,8	3,6	3,9
Zusatzparzellen.	401,4	26,8	20,2	18,9
Andere Kolonien . . . . . (Arbeiter-, Beamten-, Erholungssiedlungen u. a. m.)	59,4	4,9	4,5	4,3
Die insgesamt aufgeteilte Fläche	**2 187,9**	**105,3**	**69,8**	**80,3**
Selbständige Kolonien . . .	1 185,7	45,7	30,0	37,5
Zusatzparzellen.	829,8	51,8	33,8	35,0
Andere Kolonien.	172,4	7,8	6,0	7,8

[„Kurjer Poranny" v. 24. 8. 1935.
„Mały Rocznik Statystyczny" f. 1934.]

Herausgeber: Prof. Dr. Recke, Danzig. Schriftleiter: Dipl.-Volkswirt Hans Neumann, Danzig.
Druck von A. W. Kafemann G. m. b. H., Danzig.